

Das der Streit zwischen CDU und CSU über die deutsche Flüchtlingspolitik, nachdem er die Republik drei Wochen hindurch in Atem gehalten hatte, am vergangenen Donnerstag auch die Schlussdebatte des Bundestags über den Etat 2018 des Bundesministeriums für Inneres, Bau und Heimat prägte, kann nicht überraschen. Gleiches gilt für die an diesem Vormittag geäußerte Oppositionskritik an der unionsinternen Verständigung, die freilich schon am Abend einer Übereinkunft der Koalitionsspitzen überholt sein sollte (siehe Seite 1). Immerhin zeigte sich Ressortchef Horst Seehofer (CSU) in der Bundestagsdebatte schon um 9.50 Uhr „guter Dinge“, dass die Union auch mit dem Koalitionspartner SPD eine „verlässliche Einigung“ erzielen werde. Zu den „wichtigsten Schritten jetzt“ zählte er „ein neues Grenzregime an der deutsch-österreichischen Grenze“. Man erhalte „Transitzentren“ – der Begriff sollte sich in dem später vereinbarten Koalitionspapier nicht mehr wiederfinden – „aus denen Asylbewerber innerhalb kürzester Zeit direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden“. Das alles erfolge „abgestimmt mit unseren europäischen Nachbarn – das ist eine echte Asylwende, die



hier eingeleitet wird“, sagte Seehofer. Seine zu diesem Zeitpunkt noch teilweise bevorstehenden Gespräche mit Italien, Österreich und Ungarn, denen weitere Gespräche folgen würden, dienten der „Information unserer Partner und der Sondierung, wie wir vielleicht Überlegungen anstellen, da zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen“, fügte der Minister hinzu. Dabei werde es in der „ersten Runde keine Abschlüsse geben“. Er gehe davon aus, dass „am Ende die wichtigsten Punkte dieser Vereinbarung von den Regierungschefs fixiert werden müssen“.

**Harsche Worte** Martin Hess (AfD) sprach mit Blick auf den Unionsstreit von einem „unwürdigen Schauspiel der letzten Tage“. Europa wolle die deutsche „Willkommenspolitik“ nicht mehr, doch bis es wirksame Maßnahmen treffe, „müssen wir selbst handeln“. Notwendig sei ein effektiver nationaler Grenzschutz, „bis die europäische Außengrenze effektiv geschützt wird“. Stefan Ruppert (FDP) nannte das zurückliegende „Chaos“ „sehr betrüblich“. Die Union verhindere seit 25 Jahren ein Einwanderungsgesetz: „Wir haben keine ge-

## Pflegekrise dominiert Etatdebatte

**GESUNDHEIT** Die Konzentrierte Aktion Pflege soll konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Versorgungslage bringen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen das Votum der Opposition hat der Bundestag den Gesundheitsetat für das Jahr 2018 gebilligt. In der Schlussdebatte vergangene Woche waren die Pflegeversorgung und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wichtige Themen. Der Einzelplan 15 sieht Gesamtausgaben in Höhe von rund 15,20 Milliarden Euro vor, das ist geringfügig mehr als im Vorjahr (15,16 Mrd. Euro). In den Beratungen wurde der ursprüngliche Ansatz noch um rund sechs Millionen Euro erhöht, damit wird unter anderem ein Programm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Kampf gegen das Ebola-Virus finanziert. Allein 14,5 Milliarden Euro des Etats gehen als Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds. Mit dem Geld werden versicherungsfremde Leistungen finanziert, beispielsweise die beitragsfreie Familienversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) versprach konkrete Verbesserungen zugunsten der Patienten wie auch der Akteure im Gesundheitswesen. Es gehe um ein großes Leistungsversprechen, dass jeder Bürger jederzeit die nötige medizinische Versorgung auf hohem Niveau bekomme.

**»Der Pflegenotstand ist kein unerwartetes Naturereignis.«**

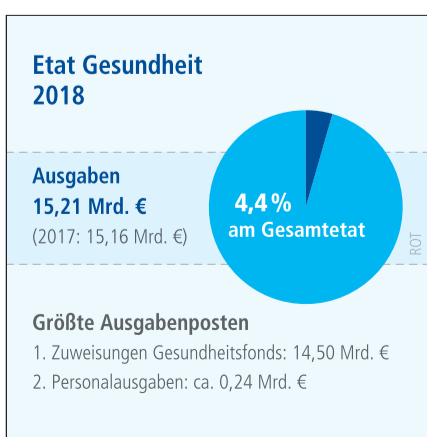
Gesine Löttsch (Die Linke)

Er räumte ein, dass die Versorgung in einigen Bereichen „nicht so gut ist, wie es sein soll“ und nannte als Beispiele die Wartezeiten für einen Termin beim Facharzt, die Notfallversorgung, die Krankenhausstrukturen, die Geburtshilfe und die Pflege.

**Vertrauenskrise** Spahn bekannte: „Es gibt in der Pflege eine massive Vertrauenskrise.“ Er fügte hinzu, die Probleme würden nun konkret angegangen. So werde künftig in Kliniken jede neue Pflegestelle voll finanziert. In der Altenpflege sei das Sofortprogramm für 13.000 zusätzliche Stellen angelaufen. Mit der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) unter Beteiligung der Ministerien für Familie und Arbeit werde in Arbeitsgruppen zeitnah an Verbesserungen, etwa in der Ausbildung, Bezahlung oder betrieblichen Gesundheitsförderung gearbeitet. Die Opposition warf Spahn falsche Weichenstellungen und eine Ankündigungspolitik vor. Karsten Klein (FDP) kritisierte vor allem die für 2019 vorgesehene Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der GKV durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Abschaffung der Parität sei ein elementarer Bestandteil der „Agenda 2010“ gewesen, um Arbeit billiger zu machen. „Heute tun Sie genau das Gegenteil. Was hat Sie geritten?“ Die Lohnstückkosten in Deutschland seien weiter hoch. Richtig sei hingegen, die hohen Rücklagen der Krankenkassen zurückzuführen. Auch die Rücklage im Gesundheitsfonds könnte deutlich niedriger sein, der Bundeszuschuss ließe sich somit künftig kürzen.

versuchen, Deutschland vor dem Leid der Welt, so gut es geht, abzuschnitten“, kritisierte sie. Gleichzeitig werde nichts getan, „um die Fluchtursachen wirklich grundsätzlich anzugehen“.

**Mehr Stellen** Martin Gerster (SPD) beklagte, die vergangenen Wochen seien geprägt gewesen von einem Machtkampf zwischen CDU und CSU „auf dem Rücken von Menschen“ und zu Lasten der Demokratie. Im Haushaltsausschuss werde dagegen dafür gesorgt, dass „die Weichenstellung stimmt“. So erhielten die Sicherheitsbehörden im Rahmen der Haushaltsberatungen zusätzlich 3.800 Stellen. Auch erhalte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 1.500 zusätzliche Stellen; zudem würden hier 4.500 Stellen entfristet. Auch Klaus-Dieter Gröhler (CDU) verwies auf die in der vergangenen Wahlperiode



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) spricht am Donnerstagabend vor Beginn des Koalitionsausschusses mit Medienvertretern vor dem Reichstagsgebäude. Am Vormittag hatte das Parlament über seinen Haushalt 2018 debattiert. © picture-alliance/dpa / Kay Nietfeld

# »Eine echte Asylwende«

**INNERES** Der Streit über die Flüchtlingspolitik beherrscht auch die Bundestagsdebatte über Seehofers Etat

begonnene Personalverstärkung im Bereich der inneren Sicherheit. „Zusätzlich über 3.000 Stellen für die Bundespolizei 525 zusätzliche Stellen für das Bundeskriminalamt – das wird diese beiden Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, die Herausforderungen zu erfüllen“, sagte er. Seehofer nannte seinen Etat, der knapp 6.000 neue Stellen aufweise, einen „Haushalt der Superlative“, der neue Maßstäbe setze. Der Etat seines Ministeriums sieht im laufenden Jahr nach der vom Bundestag beschlossenen Ausschussfassung (19/2425) Ausgaben von mehr als 14,13 Milliarden Euro vor. Das sind gut 375 Millionen mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf und knapp 5,16 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2017, was unter anderem am Aufgabenzuwachs um den Bereich Bauen und Wohnen liegt (siehe Seite 4).

Helmut Stoltenberg

## Rechtsstaat im Blick

**JUSTIZ** Verbraucher sollen besser geschützt werden

Zu einer Verteidigung des Rechtsstaates nutzte Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) ihre Rede vergangene Woche in der Schlussdebatte über den Etat ihres Hauses. In den vergangenen Wochen sei im Zusammenhang mit Flüchtlingen viel darüber gesprochen worden, dass das geltende Recht durchgesetzt werden müsse. Dabei sei zum Teil ein falscher Eindruck erzeugt worden. Sie wehre sich „ganz entschieden“ dagegen, wie die Arbeit der Beschäftigten bei Polizei und Justiz schlechtergedeutet werde. „Unser Rechtsstaat funktioniert ausgesprochen gut“, betonte sie. Barley sagte, mit dem Haushalt und der damit verbundene Qualitätsoffensive werde der Rechtsstaat gestärkt. Es würden neue Stellen in der Justiz geschaffen, die Arbeitsbedingungen würden verbessert, und mit der Schaffung des Forum Recht in Karlsruhe werde schließlich der Rechtsstaat auch greifbarer gemacht. Barley, die auch für den Verbraucherschutz zuständig ist, nannte die Musterfeststellungsklage und das in Arbeit befindliche Mieterschutzgesetz als wichtige Neuerungen. Im Koalitionsvertrag gebe es dazu klare Verabredungen. Sie verwies außerdem auf die zusätzlichen Mittel für den Entschädigungsfonds zugunsten der Opfer terroristischer Gewalt und extremistischer Übergriffe.

**Weniger Ausgaben** Mit den Änderungen des Haushaltsausschusses (19/2424) umfasst der Etat 2018 des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz rund 792 Millionen Euro. Das sind rund zehn Millionen Euro mehr, als ursprünglich vorgesehen, aber rund 46 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. 2017 lagen die Ausgaben bei rund 838 Millionen Euro. Der Etat wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP verabschiedet. Die Fraktionen von AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke votierten dagegen.

In der Schlussdebatte bezeichneten Sprecher der Opposition den Justizhaushalt als unzureichend und unausgewogen. Auch die FDP, die dem Etat zustimmte, war unzufrieden. Stefan Ruppert (FDP) monierte, Bürgerrechte, Grundrechte und Minderheitenrechte würden zu wenig beachtet. Zu-

dem müssten einige Reformen dringend überarbeitet werden, vor allem das Netzwerkdurchsetzungsgesetz gegen Hetze und Falschnachrichten im Internet. Dies sei „vielleicht das am schlechtesten gemachte Gesetz der letzten Jahre“. Auch für die Vorratsdatenspeicherung gebe es noch keine rechtsstaatliche Lösung, dies sei ein Sicherheitsrisiko.

Stephan Brandner (AfD) malte ein düsteres Bild vom Zustand der Justiz im Zuge der „Einwanderungslawine“. Die Willkommenskultur habe „zu vielfachen Angriffen auf den ehemals gut funktionierenden Rechtsstaat geführt“. Das Land und die Justiz müssten noch Jahrzehnte unter den Folgen leiden.

**Diesel und Digitales** Victor Perli (Linke) sagte, der Dieseldiebstahl zeige, dass Kunden eine starke Interessenvertretung benötigten. Die Verbraucherzentralen müssten so stark werden, dass sie sich auch mit Konzernen anlegen könnten. Perli forderte ferner schnellere Gerichtsverfahren und mehr Prozesskostenhilfe. Zudem müsse die Mietpreisexpllosion angegangen werden. Die bisherige Mietpreisbremse sei wirkungslos, hier habe die Politik versagt. Auch Volker Ullrich (CSU) sprach sich dafür aus, die Mieter vor steigenden Kosten besser zu schützen. Die Union teile die Sorgen der Menschen und werbe für kluge Lösungen.

Danyal Bayaz (Grüne) verlangte eine Strategie zum Schutz der Bürger in der Digitalisierung, die zwar viele Chancen eröffne, aber auch Risiken berge. Wenn Kunden keinen Kredit mehr bekämen, weil sie durch einen Algorithmus ausgeschlossen würden, sei das nicht künstliche Intelligenz, sondern Diskriminierung. Sarah Ryglewski (SPD) versicherte, Justiz und Verbraucherschutz stünden nicht in Konkurrenz zueinander, beide Bereiche ergänzten sich. Sie verteidigte die Musterfeststellungsklage gegen heftige Kritik. Verbraucher hätten nun im Schadenfall die Möglichkeit, ihre Rechte gegenüber großen Konzernen kollektiv und ohne Kostenrisiko geltend zu machen. Die Behauptung, das Gesetz nutze eigentlich nur der Industrie, sei hanebüchen. Michael Wojtek

**»Bezahlbares Wohnen für alle zu schaffen, ist eine zentrale Frage.«**

Victor Perli (Die Linke)

## Mehr Geld für Eltern

**FAMILIE** Etat steigt auf über zehn Milliarden Euro

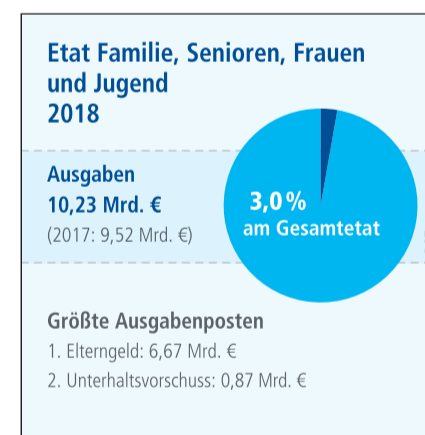
Mit einem Volumen von 10,23 Milliarden Euro erzielt der Etat für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in diesem Jahr einen „historischen Höchststand“, wie sich Familienministerin Franziska Giffey (SPD) bereits bei der Einbringung des Haushalts gefreut hatte. In der vergangenen Woche verabschiedete der Bundestag den Etat in der durch den Haushaltsausschuss noch einmal um 22 Millionen Euro erhöhten Fassung (19/2424).

Geschuldet ist der starke Anstieg des Familienetats um 703 Millionen Euro gegenüber 2017 vor allem den Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen für Familien. An erster Stelle steht das Elterngeld, das mit 6,67 Milliarden Euro rund zwei Drittel des Etats ausmacht und um 270 Millionen Euro erhöht wird.

Den mit Abstand größten Zuwachs im Familienetat hat jedoch der Unterhaltsvorschuß mit einem Anstieg der Ausgaben um 551 auf 866 Millionen Euro zu verzeichnen. Dies ist auf die Reform des Unterhaltsvorschußgesetzes im Sommer 2017 zurückzuführen, mit der die Zahlung des Unterhaltsvorschußes vom zwölften bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes verlängert und die bis dahin geltende Befristung von maximal 72 Monaten Bezugsdauer aufgehoben wurde.

Gemeinsam mit dem Kindergeld und Kinderzuschlag (581 Millionen Euro), den Zuweisungen an die Conterganstiftung (170 Millionen Euro) und die Stiftung „Mutter und Kind“ (96 Millionen Euro) und anderen Leistungen umfassen die gesetzlichen Ausgaben für Familien insgesamt 8,42 Milliarden Euro und damit rund 82 Prozent des Familienetats. Der Etat knüpfte an jene Fragen an, die Familien bewegten, sagte Ministerin Giffey: „Menschen fragen sich, wie sie dafür sorgen können, dass ihre Kinder sich gut entwickeln, dass sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen, und dass sie mit dem Geld, das sie haben, auch ein gutes Auskommen haben.“

**Kitabetreuung** Eine völlig andere Lesart des Familienetats präsentierte die AfD-Parlamentarierin Beatrix von Storch: „Es geht in diesem Haushalt um die Entmündigung der Familien, die Indoktrinierung der Kinder und Jugendlichen mit linker, politisch korrekter Genderideologie.“ Diese Politik gehe „Hand in Hand mit finanzieller Entwertung der Familien“. Die Belastungen für die Familien durch Sozialabgaben, Mehrwertsteuer und Solidaritätszuschlag müs-



ten gesenkt werden, forderte von Storch. Kritik, wenn auch gänzlich anderer Natur, war aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen zu vernehmen. Deren Abgeordnete Ekin Deligöz warf der Regierung vor, kein Konzept in der Familienpolitik zu haben, sondern lediglich ein „Sammelsurium“ aus Kindergeld und Freibeträgen, Baukindergeld und Mütterrente zu bieten. Im Gegenzug reiche das „Geld vorne und hinten nicht“, um die Qualität der Betreuung in den Kitas wie angekündigt zu erhöhen. Norbert Müller (Linke) hielt Ministerin Giffey vor, sie belasse es bislang bei Ankündigungen. Weder liege ein Entwurf für das Gute-Kita-Gesetz vor, noch konkrete Vorschläge für die Kita-Fachkräfteoffensive. In der Realität fehlten aber 340.000 Kitaplätze und mehr als 100.000 Erzieherinnen und Erzieher.

**Evaluation** Die FDP bemängelte eine mangelnde Evaluation der familienpolitischen Leistungen. Der Aufwuchs des Etats auf über zehn Milliarden Euro sei schließlich „Selbstzweck“, befand Christoph Meyer (FDP). Der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber habe die Pflicht, drauf zu achten, dass die Mittel effizient ausgegeben werden. So flössen beispielsweise die bereitgestellten Mittel für Darlehen nach dem Pflege- und dem Familienpflegezeitgesetz nicht ausreichend ab. Zufrieden zeigten sich hingegen die Koalitionsfraktionen. Der Entwurf der Regierung sei in den Haushaltsberatungen noch einmal verbessert worden, attestierte Svenja Stadler (SPD). Und Marcus Weinberg (CDU) rechnete an die AfD gerichtet vor, dass die Koalition die Familien in dieser Legislaturperiode um zwölf Milliarden Euro entlaste. Alexander Weinlein

